

BGE 48 III 149

Bundesgericht (BGE), 1922-01-01, DE

Quelle: https://mcp.opencaselaw.ch/entscheid/bge_48_III_149

FR: ATF 48 III 149

IT: DTF 48 III 149

Volltext

148 Schuldbtreibungs- und Konkursrecht. No 41. führten mit dem Retentionsrecht nicht-' in Konflikt kommt. Freilich können Pfändung und Arrest, die gegen den Mieter vollzogen werden, zur Folge haben, dass der Vermieter sein Retentionsrecht verwirkt, nämlich wenn er unterlässt, es rechtzeitig geltend zu machen (vgl. AS 41 III S. 114 ff.); doch sind hierfür einzig die Vorschrift~n der Art. 106 ff. SchKG massgebend. aus denen indes im vorliegenden Falle nichts gegen die Rekurrentin her- geleitet werden kann, weil, was die untere Aufsichtsb- behörde gänzlich übersehen hat, eine solche Verwirkuag nur für dasjenige Betreibungsverfahren gilt, in welchem der Vermieter die Anmeldung versäumt hat, also nicht für das gegenwärtig einzig in Frage stehende. Der streitigen Retention steht aber auch nicht, wie die obere Aufsichtsbehörde meint, der Umstand entgegen, dass sie nicht für den zur Zeit der Inverwahrungnahme verfallenen Jahres- oder den laufenden Halbjahreszins, sondern für einen späteren Zins vollzogen worden ist, für welchen dem Vermieter ein Retentionsrecht damals hoch gar nicht zustand. Denn die Wegnahme der Retentionsgegenstände durch das Betreibungsamt zwecks Inverwahrungnahme vermag eben an der materiellen Rechtslage überhaupt nichts ~zli ändern, nicht nur nicht mit Bezug auf die bereits bestehenden Rechte des Vermieters, sondern auch nicht mit Bezug auf die Rechte~ welche ihm aus der Fortsetzung des Mietvertrages erwachsen mögen. Und wenn endlich die Rekursgegnerin zu bedenken gibt, die Verwahrung durch das Betreibungs- amt hätte, wenn die angefochtene Retention nicht aufgehoben wird; zur Folge, dass sich die Rekurrentin das Retentionsrecht für eine längere als die gesetzlich vorgesehene Zeit zu sichern vermöge, weil sie (die Rekursgegnerin) die betreffenden Seidenstoffe sonst schon längst verkauft haben würde, so ist darauf hinzuweisen, dass ihr schon durch den Arrestvollzug als solchen die Verfügung über die Retentionsgegenstände entzogen wurde, ohne dass es hierfür der Inverwahrungnahme I Schuldbtreibungs- und Konkursrecht. No 42, 149 durch das Betreibungsamt bedurft hätte, auf die also in diesem Zusammenhange nichts ankommt. 2. - Wollte man aber auch annehmen, die Streit- frage sei materiellrechtlicher Natur und daher der Entscheidung durch die Aufsichtsbehörden entzogen, so wäre der Rekurs doch gutzuheissen, weil das Be- treibungsamt n~h ständiger Rechtsprechung (AS 29 I S. 524 ff. ; 32 I S. 369 = Sep-Ausg. G S. 248 ff. ; 9 S. 139, Entscheid vom 15. September 1922 i. S. Scherrer) die Aufnahme des Retentionsverzeichnisses nur dann ab- ,lehnen darf, wenn es von vorneherein ausgeschlossen er- scheint, dass dem Vermieter ein Retentionsrecht zusteht, 'was angesichts der vorstehenden Ausführungen gewiss nicht gesagt werden kann. Demnach erkennt die Schuldbelr.- und Konkurskammer : Der Rekurs wird begründet erklärt, der Entscheid des Obergerichts des Kantons Zürich vom 28. August 1922 aufgeho~n und die Beschwerde der Rekursgegnerin abgewiesen. 42. IntaQ.W4 vom 10. October 1922 i. S. Itarlaruher Ltb ... uenicherung auf GegenBeitigkei~ Bundesgesetz über die Kauttionen der Versicherungsgesell- schaften Art. 2, Ziff. 1,6,7, Abs.1 ; SchKG Art. 42: Un- zulässigkeit .

der gewöhnlichen Betreibung gegen ausländische Versicherungsgesellschaften für Forderungen aus Versicherungsverträgen, die von ihnen in der Schweiz zu erfüllen sind. Am 1. September liess Witwe Frida Blaser durch das Betreibungsamt Bern-Stadt gegen die ([Karlsruher Lebensversicherung auf Gegenseitigkeit, Generalvollmächtigter G. Marti, Gutenbergstrasse 14, Bern] eine ordentliche Betreibung auf Pfändung oder Konkurs für 150 Schuldbetreibung!- und Konkursrecht. N° 42. die «Lebensversicherungspolize Nr. 165,375 auf das Ableben des Oberst Hermann Blaser, verstorben am 5. Juli 1922)) im Betrage von 7165 Fr. 75 Cts. anheben. Mit der vorliegenden, nach Abweisung durch die kantonale Aufsichtsbehörde an das Bundesgericht weitergezogenen Beschwerde verlangt die Schuldnerin Aufhebung dieser Betreibung, mit der Begründung, sie sei gemäss dem Bundesgesetz über die Kautionen der Versicherungsgesellschaften für ihre in der Schweiz zu erfüllenden Versicherungsforderungen nur der Pfandverwertungsbetreibung unterworfen. Die Schuldbetreibungs- und Konkurskammer zieht in Erwägung: Gemäss Art. 7 Abs.1 in Verbindung mit Art. 2 Ziff. 1 und Art. 6 leg. eil. können die ausländischen Versicherungsgesellschaften für Forderungen aus Versicherungsverträgen, die von ihnen in der Schweiz zu erfüllen sind, auf Faustpfandverwertung betrieben werden, wobei als Pfand die dem Bundesrat zu bestellende, zur Sicherstellung der genannten Forderungen dienende Kautio in Betracht fällt, die für andere Forderungen nicht der Zwangsvollstreckung unterliegt und nicht gepfändet werden kann. Der Vorinstanz ist zuzugeben, dass der Wortlaut jener Vorschrift nicht darauf hinweist, dass die Betreibung auf Pfandverwertung die einzig zulässige Betreibungsart für die genannten Forderungen sei, zu denen die vorliegend geltend gemachte unbedenklich zu rechnen ist, da sie ja nur unter dieser Voraussetzung in der Schweiz in Betreibung gesetzt werden durfte (vgl. Art. 50 SchKG). Wird aber dem Versicherungsnehmer oder sonstigen Anspruchsberechtigten für die Geltendmachung seiner Forderung die Betreibung auf Pfandverwertung zur Verfügung gestellt, m. a. W. die Forderung für das Zwangsvollstreckungsverfahren als pfandversichert behandelt, so ist nicht einzusehen, wieso das Recht des Schuldners, sich gegen die Schuldbetreibungs- und Konkursrecht. N° 42. 151 eine ordentliche Betreibung auf Pfändung oder Konkurs für diese als pfandversichert geltende Forderung auf dem Beschwerdewege zur Wehrzusetzen (vgl. JAEGER, Note 2 zu Art. 41, und VZG Art. 85 Abs. 2), hier zersähen sollte. Das Gegenteil ergibt sich übrigens zwingend aus der näheren Ausgestaltung, welche das Betreibungsverfahren auf Verwertung der von den ausländischen Versicherungsgesellschaften bestellten Kautionen in den Art. 7 ff. leg. eil. gefunden hat, wobei nicht Stellung genommen zu werden braucht zur Frage, ob die Betreibung auf Pfandverwertung nicht als einzig und ausschliesslich zulässige Betreibungsart für die genannten Forderungen anzusehen sei, so zwar, dass nicht nur der Schuldner sich gegen die Anhebung einer gewöhnlichen Betreibung zur Wehr setzen kann, sondern schon das Betreibungsamt ein solches Betreibungsbegehren zurückzuweisen und den Gläubiger auf die Pfandverwertungsbetreibung zu verweisen habe. Denn nach jenen Vorschriften darf der Bundesrat, dem das Betreibungsamt vom Verwertungsbegehren Mitteilung zu machen hat, diesem nicht einfach den zur Befriedigung des Gläubigers notwendigen Teil der Kautio zur Verwertung herausgeben, sondern hat er zunächst zu prüfen, ob nicht die Interessen der Gesamtheit der schweizerischen Forderungsberechtigten gefährdet erscheinen, und muss er, wenn dies der Fall ist, auf eine Sanierung hinwirken und, wenn eine solche nicht zustande kommt die Kautio zur Übertragung des ganzen Versicherungsbestandes der Schuldnerin auf eine andere Gesellschaft verwenden oder selbst liquidieren oder aber durch das Konkursamt nach den Vorschriften des

Konkursrechts liquidieren lassen. Diese besondere Ordnung lässt sich nicht anders als daraus erklären, dass der Konkurs über eine Versicherungsgesellschaft wenn immer möglich vermieden, aber trotzdem sämtlichen Gläubigern die gleichmässige Befriedigung aus dem in der Schweiz liegenden Vermögen des Versicherers garantiert werden will. Mit 152 Schuldbetreibungs- und Konkursrecht. NO 43: diesem Gedanken ist die Durchführung einer gewöhnlichen Betreibung nicht vereinbar, sei es, dass sie auf Pfändung oder (bei Eintragung im Handelsregister) auf Konkurs fortzusetzen wäre, letzteres nicht, weil dadurch dem Bundesrat die Möglichkeit genommen würde, Massnahmen zur Abwendung desselben zu treffen, ersteres nicht, weil sie die vorzugsweise Befriedigung des pfändenden Gläubigers aus dem allfällig in der Schweiz vorhandenen kautionsfreien Vermögen des Versicherers zur Folge haben würde. Die Rekursgegnerin kann also ihre Forderung nur auf dem Wege der Betreibung auf Pfändungsverwertung geltend machen. Demnach erkennt die Schuldbetr.- und Konkurskammer: Der Rekurs wird begründet erklärt und die Betreibung Nr. 90,575 aufgehoben. 43. Arrêt du 10 octobre 192a dans la cause WUlener. Insaisissabilité relative des salaires (art 93 LP). - L'art. 93 LP s'applique aux revenus proeures par la location d'un appartement, lorsque la jouissance de cet appartement est accordée au débiteur, dans un contrat de travail, pour tenir lieu de rémunération pécuniaire. Dame Willener, concierge de deux maisons, sises Rue de Carouge 69 et Rue Barthelemy Menn 4, à Genève, est rétribuée par l'allocation d'un salaire annuel de 75 fr. ct. par la jouissance d'un petit appartement dans chacun des immeubles. Elle occupe elle-même un de ces logements, et sous-loue l'autre à un nommé Fuchs, à raison de 25 francs par mois. Requis par la créancière, dame Martin, de continuer la poursuite NO 40072 contre dame Willener, l'office a constaté le 12 août 1922 ce qui suit: « La débitrice ne possède pas de biens mobiliers saisissables. Le montant de la location consentie à M. Fuchs à raison de 25 fr. par mois constituant la seule ressource que possède la débitrice pour contribuer à sa subsistance, n'a pas été saisi. » La créancière a recouru à l'Autorité de surveillance, qui, statuant le 23 septembre 1922, a annulé la décision de l'office, en admettant que le produit de la location d'une chambre ne rentrait pas dans les cas prévus à l'art. 93 LP. Dame Willener a formé un recours au Tribunal fédéral, en concluant à la mise à néant du prononcé cantonal. Considérant en droit: L'art. 93 LP prescrit que les salaires (Lohngehälter), traitements et autres revenus provenant d'emplois, (Dienstehälften jeder Art) ne peuvent être saisis que par déduction faite de ce que le débiteur estime indispensable à lui-même ou à sa famille. La jurisprudence actuelle étend le bénéfice de cette disposition à « toutes les sommes qui représentent essentiellement la rétribution d'un travail personnel du débiteur » (Archiv für Schuldbetreibung u. Konkurs II p. 110; RO 23 II p. 1299; JAEGGER, ad art. 93 note 1). Des lors elle déclare partiellement insaisissable la créance de pension (qui comprend le dédommagement pour les prestations du mari), et le produit des sous-locations, dans la mesure où il s'agit de la rétribution des services personnels fournis par le bailleur (Handelsrechtliche Entscheidungen, 20 p. 199; Monatsbl. für Betreibung und Konkurs IV p. 21). La créance de dame Willener semble être, il est vrai, une simple créance de loyer. Mais, le droit aux logements lui ayant été concédé en place de salaire, ce droit de jouissance participe de l'insaisissabilité relative prévue à l'art. 93 LP. En effet, puisqu'un salaire payé en denrées, marchandises ou autres biens quelconques échappe à la saisie. - au même titre qu'une somme d'argent - des HMM-~ II

Export aus OpenCaseLaw (CC0). Verbindlich ist allein der vom erlassenden Gericht veröffentlichte Originaltext. Quellen-URL siehe oben.